

Mitteilungsvorlage
vom 23.05.2024

öffentliche Sitzung

Suchtproblematik am Kaiserplatz in Aachen; - Antrag der SPD-Städteregionstagsfraktion vom 24.04.2024

Beratungsreihenfolge

Datum	Gremium
13.06.2024	Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt (Kenntnisnahme)

Sachlage

Mit Antrag vom 24.04.2024 bittet die SPD-Städteregionstagsfraktion die Verwaltung um eine schriftliche Stellungnahme zur aktuellen Situation bezüglich der Suchtproblematik am Kaiserplatz in Aachen. Des Weiteren wird um einen Ergebnis- /Erfahrungsbericht zur polizeilichen Videoüberwachung im Einzugsbereich gebeten. Darüber hinaus soll die Verwaltung je einen Vertreter des Maßnahmeträgers sowie der Polizei zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt am 13.06.2024 einladen.

Während sich an Hauptbahnhof und Bushof überwiegend Klientel aufhält, welches der Trinkerszene zuzuordnen ist, sind die betroffenen Personen am Kaiserplatz eher der übrigen Drogenszene zuzuschreiben. Dies ist vor allem daran festzumachen, dass laut Auskunft der städt. Ordnungsbehörde in diesem Bereich eine Vielzahl von Anzeigen im Rahmen von Ordnungswidrigkeitenverfahren in Bezug auf den Konsum von Betäubungsmitteln zu verzeichnen sind (vgl. Sitzungsvorlage des FB56 der Stadt Aachen für die Sitzung des dortigen Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie am 25.04.2024).

Dem im Antrag der SPD geschilderten Eindruck der Verschlechterung der Situation kann die Verwaltung aus Sicht des ÖGD insofern zustimmen, als dass zunehmend mehr Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen im öffentlichen Raum auffallen – so auch rund um den Kaiserplatz. Bei den Betroffenen dort handelt es sich in einigen Fällen um Personen, die gleichzeitig eine Suchtproblematik aufweisen und/oder wohnungslos sind. In diesem Rahmen sind zudem zunehmende Unterbringungsmaßnahmen nach dem PsychKG zu verzeichnen ohne jedoch damit eine zufriedenstellende Lösung für Betroffene und Bürger_innen erreichen zu können; werden die Unterbringungsmaßnahmen doch oft schon nach kürzester Zeit wieder aufgehoben, da eine entsprechende Rechtsgrundlage fehlt.

Nach erfolgter Sanierung finden Angebote der Suchthilfe der StädteRegion wieder in den Räumlichkeiten des Kiosk Troddwar direkt am Kaiserplatz statt. Zusätzlich wird aufsuchende Arbeit der Streetworker geleistet, die auch alle weiteren in Frage kommenden Aufenthaltsorte der Betroffenen im innerstädtischen Gebiet anlaufen.

Die Anzahl der Mitarbeitenden seitens der Suchthilfe im niedrigschwelligen Bereich wurde im Vergleich zur alten Leistungsvereinbarung entsprechend erhöht. So ist nun nahezu ein VZÄ Streetworker/Beratung zusätzlich in der Stadt Aachen tätig (vgl. auch Sitzungsvorlage 2022/0253 für die Sitzung des Städteregionstages am 15.06.2022).

Beim Gesundheitsamt selbst ist im Rahmen des Projektes „Stärkung der niedrigschwelligen Suchtberatung für wohnungslose Menschen“ des MAGS NRW seit Februar 2022, zunächst befristet bis 12/2024, ein VZÄ beschäftigt. Dadurch konnten eine weitere Vernetzung der Akteure erzielt und zunehmend mehr Klient_innen erreicht werden, die im Hilfesystem verankert werden konnten.

Dennoch ist unverändert mit einer Anzahl von Personen zu rechnen, die die niedrigschwelligen Hilfsangebote nicht in Anspruch nehmen möchten. Insbesondere bei dieser Gruppe nicht Erreichbarer ist teils inadäquates Verhalten in der Öffentlichkeit zu beobachten. Zudem fehlt es weiterhin an einer dauerhaften Unterbringungs- und Betreuungsmöglichkeit in geschützter Umgebung für chronisch psychisch Erkrankte in Aachen. Hierdurch kommt es zum sog. Drehtüreffekt, bei dem die Betroffenen immer wieder einer psychiatrischen Klinik zugeführt, jedoch oftmals binnen 24 oder 48 Stunden auch wieder entlassen werden. In dieser Konstellation ist eine Begleitung und Hilfestellung mit der Zielsetzung der Wiederherstellung einer Tages- bzw. Alltagsstruktur kaum realisierbar. An diesen Stellen gilt es erneut anzusetzen und die Etablierung neuer Wohnstrukturen für die (besonders stark) Betroffenen beim Landschaftsverband Rheinland als zuständiger Stelle anzumahnen.

Ein Bericht der Polizei zur Videoüberwachung am Kaiserplatz und deren Auswertung lag zum Zeitpunkt des Vorlagenversands noch nicht vor. Diesbezüglich wird Herr Polizeidirektor Fink in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Senioren und demographische Vielfalt am 13.06.2024 anwesend sein und entsprechend informieren.

Seitens des Caritasverbandes für die Regionen Aachen-Stadt und Aachen-Land e. V. als Maßnahmenträger der Suchthilfe in der Stadt Aachen steht Frau Jelich in der Sitzung zum Austausch zur Verfügung.

Die Verwaltung bittet um Kenntnissnahme.

Rechtslage

Aufgrund von § 41 Abs. 4 Satz 4 KrO NRW ist die dem Ausschuss vorsitzende Person verpflichtet, den Antrag in die Tagesordnung aufzunehmen.

Im Auftrag:
gez. Dr. Ziemons

Anlage/n
Keine